

Fragen

für die Fragestunde der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Oktober 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	49	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 62
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 66
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 68	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	32, 33
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 72
Brandner, Stephan (AfD)	71	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	56, 67	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 42
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Luksic, Oliver (FDP)	25, 28
Ehrhorn, Thomas (AfD)	8, 9	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	13
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	63, 64
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Gminder, Franziska (AfD)	3	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	60, 61	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2
Hebner, Martin (AfD)	45, 46	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	57, 75	Reuther, Bernd (FDP)	22, 23
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	52, 53		
Jung, Christian, Dr. (FDP)	18, 19		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	44
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 37	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	6, 7
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	35, 36
Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	43, 73

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Bemühungen will die Bundesregierung unternehmen, um die in der Antwort auf meine Mündliche Frage 27, Plenarprotokoll 19/54 angekündigten Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration zügig umzusetzen, und warum konnten diese Alternativen, die bereits im Mai 2016 von der Koordinierungsplattform „Verzicht auf betäubungslose Ferkelkastration“ vorgelegt wurden (vgl. www.q-s.de/pressemeldungen/koordinierungsplattform-verabschiedet-eckpunktepap.html), in den letzten Jahren durch die Bundesregierung nicht so umgesetzt werden, dass das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration fristgerecht zum 1. Januar 2019 in Kraft treten kann, sondern seitens der Bundesregierung um zwei weitere Jahre verschoben werden soll?
2. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung vorgehen, um die Finanzierung der Umstellung auf die betäubungslose Ferkelkastration auch für kleine und mittelständische Betriebe zu ermöglichen, und sieht die Bundesregierung nicht die Dringlichkeit des drohenden Strukturbruchs in der Schweinehaltung (www.agrarheute.com/tier/schwein/isn-umfrageergebnis-50-prozent-sauenhalter-steigen-547303) angesichts der vorgenommenen Priorisierung, wonach im Haushalt 2018 im Bundesprogramm Nutztierhaltung lediglich 500 000 Euro für die Erforschung von Alternativverfahren zur betäubungslosen Ferkelkastration eingestellt sind, 7,6 Millionen Euro jedoch für andere Forschungsbereiche?
3. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD)

Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Prüfstelle, die die Qualitätskontrolle von importiertem ausländischen Bienenwachs durchführt, das von Imkern für den Wabenaufbau eingesetzt wird, vor dem Hintergrund der sich häufenden Verfälschungen mit Stearin, Paraffin und anderen Erdölderivaten und deren negativen Folgen für die Bienenbrut und Honigqualität (Dr. Sebastian Spiewok: Der Fehlende Standard, Deutsches Bienen-Journal, 10/2017, S. 6 bis 9)?

4. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verlief die Debatte bezüglich der Registrierung und Kontrolle von mit neuen gentechnischen Methoden veränderten Organismen beim ENGL-Treffen (European Network of GMO Laboratories) vom 2. bis 4. Oktober 2018 (wie im Protokoll des Ständigen EU-Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel, Abt. GVO, vom 12. September 2018 angekündigt), und wie unterstützt die Bundesregierung das Ansinnen, mit neuen Methoden gentechnisch veränderte Organismen (GVO) möglichst bald in das globale GVO-Register der UN-Biodiversitätskonvention/des Cartagena-Protokolls (CBD Biosafety Clearing House list) aufzunehmen?
5. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es am 19./20. Juli 2018 im Ständigen EU-Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (Abt. Phytopharmaceuticals Legislation; TO hier: https://ec.europa.eu/food/plant/standing_committees/sc_phytopharmaceuticals_en) Widerstand gegen den in den Medien (siehe z. B. www.politico.eu/article/france-chosen-to-take-over-from-germany-in-assessing-glyphosate-monsanto-roundup/) berichteten Vorschlag der Europäischen Kommission, die erneute EU-Risikoprüfung des Pestizidwirkstoffs Glyphosat von Deutschland nach Frankreich zu verlagern, und wie ist die deutsche Position zu dieser Frage, die am 23./24. Oktober 2018 erneut im Ständigen Ausschuss diskutiert werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung ein Konzept zu der von Bundesministerin Dr. Franziska Giffey geplanten und im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD erwähnten Ehrenamtsstiftung vorzulegen?
7. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Zuge dieses Konzeptes?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

8. Abgeordneter
Thomas Ehrhorn
(AfD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl bis dahin in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr relevanter Erkrankungen, wie etwa Krätze oder Tuberkulose, signifikant zugenommen hat, und was denkt sie dagegen zu tun (www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/gefahrlische-tuberkulose-in-deutschland-auf-dem-vormarsch-id19006756.html; www.blickpunkt-nienburg.de/nienburg/landkreis-nienburg-kraetze-breitet-sich-9892573.html)?
9. Abgeordneter
Thomas Ehrhorn
(AfD)
- In welcher Weise setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Zugangsbeschränkungen zur Aufnahme eines Medizinstudiums in den Bundesländern in Zukunft weniger starr gehandhabt werden, um dem weitverbreiteten Wunsch vieler Abiturienten, ein solches Studium aufzunehmen, entgegenzukommen und damit dem Ärztemangel in Deutschland entgegenzuwirken (vgl. Protokoll der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 26. September 2018, dort Ausführungen des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn, S. 5325 (C))?
10. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass mit Hilfe von Anwendungsbeobachtungen Erkenntnisse aus der Praxis über zugelassene oder registrierte Arzneimittel gewonnen werden und diese in der Arzneimittelversorgung Berücksichtigung finden?
11. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Pflegefachkraftstellen in stationären Pflegeeinrichtungen sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit nicht besetzt, und worin sieht sie eine Verbesserung der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen durch die im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz vorgesehene, ersatzweise Besetzung von Pflegefachkraftstellen durch Pflegehilfskräfte begründet?

12. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die nach Auslegung des § 10 Absatz 6 Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) von den Spitzenverbänden geschaffenen „Einheitlichen Grundsätze zum Meldeverfahren bei Durchführung der Familienversicherung“, angesichts der nach mir vorliegenden Informationen immer häufiger auftretenden Vollstreckung gegen familienversicherte Kinder, deren Eltern die Formblätter der Krankenkassen nicht fristgerecht eingereicht haben, und wie sollte laut Bundesregierung mit den hohen Beitragsschulden der fälschlich freiwillig versicherten Kinder umgegangen werden?
13. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Was wird derzeit getan, um die von der Arbeitsgruppe „Alkoholkonsum reduzieren“ am 19. Mai 2015 versprochenen Ziele bezüglich Alkoholwerbung, Alkoholpreisgestaltung und Alkoholverfügbarkeit zu erarbeiten und dann für das Gesundheitsziel „Alkoholkonsum reduzieren“ zu ergänzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

14. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Umfang (in Kilometern) sollen die Konzessionsstrecken der Projekte der Öffentlich-Privaten Partnerschaft für Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen, deren Vergabeverfahren derzeit laufen, nach derzeitigen Planungen der Bundesregierung jeweils haben (bitte tabellarisch darstellen)?
15. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche externen Beraterinnen und Berater/externen Beratungsunternehmen hat die Bundesregierung für die Tarifverhandlungen zum Abschluss von Tarifverträgen für die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA) mit welchem Auftragsvolumen hinzugezogen (bitte detailliert die Auftragsvolumina und Namen der externen Beraterinnen und Berater und/oder externen Beratungsunternehmen auflisten)?

16. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Straßenbauprojekte, die im Fernstraßen-
ausbaugesetz in den Vordringlichen Bedarf ein-
gestuft wurden, haben nach dem Beschluss des
6. Fernstraßenausbauänderungsgesetzes im De-
zember 2016 eine Baufreigabe erhalten, und wie
viele Schienenprojekte befinden sich noch im
„Potentiellen Bedarf“ des Bundesschienenwege-
ausbaugesetzes?
17. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der Bund die DB Netz AG dazu anhalten,
ihre Baustellen zukünftig kundenfreundlicher (z. B.
durch Verzicht auf Vollsperrungen) abzuwickeln,
und von welchen prozentualen Mehrkosten ist für
kundenfreundliches Bauen auszugehen?
18. Abgeordneter
**Dr. Christian
Jung**
(FDP)
- Mit welchen Maßnahmen wie zum Beispiel einer
Aufstockung von technischen Kontrolleuren beim
Bundesamt für Güterverkehr (BAG) plant die
Bundesregierung die Kontrollen von Lastkraft-
wagen in Deutschland zu intensivieren, um effek-
tiver gegen Rechtsverstöße wie Überschreitung
der Lenkzeiten oder Nichteinhalten von Ruhezei-
ten vorzugehen und so die Sicherheit im Straßen-
verkehr zu erhöhen?
19. Abgeordneter
**Dr. Christian
Jung**
(FDP)
- Für wann ist die nachträgliche Ausrüstung der Si-
cherungs- und Leittechnik der Bahn-Schnellfähr-
strecken (SFS) Mannheim–Stuttgart und Hannover–
Würzburg auf das europäische Zugsicherungssys-
tem ETCS (European Train Control System) ge-
plant, und welche Mehrkosten entstehen durch
diese nachträgliche Ausrüstung gegenüber eines
sofortigen Einbaus im Zuge der bereits geplanten
Maßnahmen?
20. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der 19 000 Stellen, welche laut Ankün-
digung der Deutschen Bahn AG in diesem Jahr
geschaffen werden sollen (vgl. [www.welt.de/print/
welt_kompakt/print_wirtschaft/article172946584/
Deutsche-Bahn-stellt-19-000-neue-Leute-ein.html](http://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_wirtschaft/article172946584/Deutsche-Bahn-stellt-19-000-neue-Leute-ein.html)),
entfallen auf das Bundesland Schleswig-Holstein,

und wie viele dieser Stellen in Schleswig-Holstein wurden bis heute realisiert (bitte aufschlüsseln nach Lokführern und Personal für den Ausbau des Schienennetzes)?

21. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele der Neueinstellungen durch die Deutsche Bahn AG, die im Jahr 2018 auf das Bundesland Schleswig-Holstein entfallen, erfolgten durch die Ausbildung neuer Fachkräfte, und wie hoch ist die grundsätzliche Quote der Übernahme von Auszubildenden bei der Deutschen Bahn AG (bitte aufschlüsseln nach Lokführern und Personal für den Ausbau des Schienennetzes)?
22. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Inwieweit wurden die Belange der Arbeitnehmervertreter in die Ergebnisse des Luftverkehrsgipfels vom 5. Oktober 2018 einbezogen, und welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung nach dem Treffen mit Arbeitnehmervertretern im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 11. Oktober 2018 erlangt?
23. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Gelten die Dieselfahrverbote auch für die alten Dieselmotoren bei Rosenmontagsumzügen, Schützenfesten und sonstigen Volksfesten, und müssen die Umzüge gegebenenfalls umgeleitet oder abgesagt werden?
24. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei welchen konkreten Diesel-PKW hat das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) bisher eine illegale Abschaltvorrichtung festgestellt, und wäre in diesen Fällen eine Verhängung von Bußgeldern durch das KBA möglich?

25. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung garantieren, dass die im „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ des Koalitionsausschusses vom 1. Oktober 2018 versprochenen Umtauschprämien der Automobilhersteller für Euro-4- und Euro-5-Dieselfahrzeuge den durch die Fahrverbote entstandenen Wertverlust ausgleichen?
26. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gewährleistet die Bundesregierung bei den verschiedenen Umtauschprämien für Dieselfahrzeuge, dass die ausgetauschten Dieselfahrzeuge nicht in anderen Regionen in Deutschland die Luft und die Gesundheit der Menschen belasten, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die durch die verschiedenen Umtauschprämien ausgetauschten Dieselfahrzeuge nicht in anderen Weltregionen die Luft und die Gesundheit der Menschen belasten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

27. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit Ersparnissen in welcher Höhe für die gesetzlichen Krankenkassen rechnet die Bundesregierung, sobald die Grenzwerte für Stickoxide in Deutschland eingehalten werden, und ab wann rechnet die Bundesregierung damit, dass in Deutschland flächendeckend die Grenzwerte für Stickoxide eingehalten werden?
28. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Inwieweit wird die Bundesregierung die im „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ des Koalitionsausschusses vom 1. Oktober 2018 angekündigten Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum Anlass nehmen, auch die in Anlage 3 der 39. Bundes-Immissionsschutzverordnung verankerten Ortsbestimmungen von Probenahmestellen (Schadstoffmessstellen) zu ändern?

29. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Sonderbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu 1,5°C, laut welchem nie dagewesene tiefgreifende Veränderungen in Energie-, Land-, Stadt-, Mobilitäts-, Gebäude- und Industriesystemen erforderlich sind, für das Maßnahmenprogramm zum Klimaschutzplan 2050, und plant sie ihre nationalen Klimaziele vor diesem Hintergrund im Rahmen der genannten Initiativen sachlogischerweise nachzuschärfen?
30. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche neuen Kenntnisse hat die Bundesregierung über den aktuellen Stand zur Umsetzung der Richtlinie über die nukleare Sicherheit (Richtlinie 2014/87/Euratom) von Belgien, Polen und Spanien, für die die drei Staaten binnen Zweimonatsfrist alle erforderlichen Maßnahmen erlassen und an die Europäische Kommission mitzuteilen hatten (Fristende: 7. September 2018), und welche Kenntnisse hat sie mittlerweile über den konkreten Inhalt der Aufforderungsschreiben erlangt (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 67 in der Fragestunde vom 27. Juni 2018, Plenarprotokoll 19/41 und „Nukleare Sicherheit: Kommission fordert BELGIEN, POLEN und SPANIEN auf, die EU-Vorschriften über nukleare Sicherheit vollständig umzusetzen“ vom 7. Juni 2018, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-3986_de.htm)?
31. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat das BMU darüber, wie die belgische Atomaufsicht FANC rechtfertigt, dass nach dem Zwischenfall im belgischen Atomkraftwerk (AKW) Doel 3 von Oktober 2017 – Stufe 1 auf der internationale Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) – andere belgische Reaktoren, bei denen eine vergleichbare Problematik zum damaligen Zeitpunkt nicht verlässlich ausgeschlossen werden konnte, nicht sofort abgefahren werden mussten, sondern wie im Fall des AKW Tihange 3 noch weiter im Leistungsbetrieb verbleiben durften bis zum nächsten geplanten, revisionsbedingten Stillstand – währenddessen bei Tihange 3 dann erst ein halbes Jahr später, im April 2018, die vergleichbare Problematik auch als INES-1-Zwischenfall festgestellt wurde (vgl. FANC-Meldungen zu den Zwischenfällen auf <https://afcn.fgov.be/fr/actualites/incident-doel-3-classe-au-niveau-ines-1> und <https://afcn.fgov.be/fr/actualites/evenement-tihange-3-ajustement-auniveau-1-de-lechelle-ines>), und inwiefern teilt das

BMU meine Auffassung, dass diese Abfolge für eine Höherstufung des Zwischenfalls in Tihange 3 auf INES-Stufe 2 spricht?

32. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum befinden sich 70 Prozent der hochradioaktiven Strahlungsquellen nicht mehr im Geltungsbereich der Strahlenschutzverordnung (vgl. Unterrichtung der Bundesregierung zu „Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahre 2015“ (Bundestagsdrucksache 18/13180), Kapitel III, Unterpunkt 6.2, S. 25), und welche Isotope waren die zahlenmäßig größten innerhalb dieser Gruppe, die sich nicht mehr im Geltungsbereich befinden?
33. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Falls diese ins Ausland exportiert worden sind, welches waren die Hauptzielländer des Exportes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

34. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele russlanddeutsche Kinder besuchen nach Kenntnis der Bundesregierung deutsche Schulen, und welche Schulabschlüsse haben diese nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren erworben (bitte jeweils aufschlüsseln nach Schultyp)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

35. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Welche Entschädigungs-, Wiedergutmachungs- und Reparationsforderungen von griechischer Seite aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs gegenüber Deutschland und seinen damaligen Verbündeten liegen derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung vor?
36. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie will sich die Bundesregierung zu diesen Forderungen verhalten?
37. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die im Entwurf eines Gesetzes zur fortgesetzten Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen und zur Regelung der Folgen der Abfinanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“ vorgesehene Fortführung der Integrationspauschale und die Entlastung im Bereich der Kosten der Unterkunft über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt, und inwiefern wird die Bundesregierung die Städte und Gemeinden auch bei ihren Ausgaben für geduldete Menschen entlasten?
38. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Ergebnisse erbrachten die Beratungen der G20-Staaten bei der Tagung der Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf Bali – insbesondere um zu verhindern, „dass die Länder Afrikas in eine zu hohe Verschuldung geraten, ohne ihre Wachstumsperspektiven zu verschlechtern“ (vgl. www.finanznachrichten.de/nachrichten-2018-10/44987086-scholz-will-mehr-informationen-ueber-verschuldung-von-staaten-015.html) –, und inwiefern spielten Überlegungen zu einem Staateninsolvenzverfahren hierbei eine Rolle?

39. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Zeitplan für einen Referentenentwurf zu Share-Deals, und wenn es keinen gibt, warum plant die Bundesregierung keine Initiative im Bereich Share-Deals?
40. Abgeordnete
Annalena
Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil von reinen Elektroautos, Hybrid- und Erdgasfahrzeugen bei den Unternehmen mit Beteiligungen des Bundes, und welche Ziele strebt die Bundesregierung für die Jahre 2020 und 2030 jeweils an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

41. Abgeordnete
Annalena
Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil von reinen Elektroautos und Hybridfahrzeugen bei den Bundesministerien inklusive deren nachgeordneten Behörden (bitte einzeln nach Antriebsart und Bundesministerien aufschlüsseln)?
42. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist eine Förderung mit dem Baukindergeld möglich, wenn der Haushalt bereits eine Immobilie im Ausland oder im Time-Sharing-Modell (zeitanteilige Nutzung einer Wohneinheit bspw. Ferienwohnung) besitzt (KfW: Eine Förderung mit dem Baukindergeld ist nicht möglich, „sofern der Haushalt (Antragsteller sowie Ehe- oder Lebenspartner oder Partner aus eheähnlicher Gemeinschaft oder Kinder) Eigentum an einer selbstgenutzten oder vermieteten Wohnimmobilie in Deutschland zur Dauernutzung besitzt“, ([www.kfw.de/PDF/Download-Center/F%C3%B6rderprogramme-\(Inlandsf%C3%B6rderung\)/PDF-Dokumente/6000004381_M_424_Baukindergeld.pdf](http://www.kfw.de/PDF/Download-Center/F%C3%B6rderprogramme-(Inlandsf%C3%B6rderung)/PDF-Dokumente/6000004381_M_424_Baukindergeld.pdf))?
43. Abgeordnete
Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils die Zahl und das durchschnittliche Alter der bundesweit im Rahmen des ergänzenden Katastrophenschutzes vorgehaltenen CBRN-Einsatzfahrzeuge, CBRN-Messgeräte, CBRN-Schutzausrüstungen, Luftfahrzeuge, Fahrzeuge der Medizinischen Task Force (MTF), Fahrzeuge der Analytischen Task Force (ATF), Fahrzeuge

der Unterstützungskomponente, Ausrüstungsgegenstände der Fahrzeuge der MTF, der ATF und der Unterstützungskomponente, Löschfahrzeuge des Katastrophenschutzes, Schlauchwagen sowie Basispakete der Sanitätsmaterialbevorratung, und wie bewertet die Bundesregierung mit Blick auf diese Daten die Höhe der Ausgaben des ergänzenden Katastrophenschutzes, die in den Haushaltsplänen 2018 und 2019 angesetzt sind?

44. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Zu welchem konkreten Datum verlässt Hans-Georg Maaßen das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), nachdem schon seit dem 18. September 2018 zwischen den Spitzen der Koalition seine Ablösung als Präsident des BfV vereinbart ist, und wer wird seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger?
45. Abgeordneter
Martin Hebner
(AfD)
- Wie lautet der genaue Wortlaut der von der Bundeskanzlerin veranlassten Ministeranweisung des Bundesinnenministers vom 4./5. September 2015 bezüglich des Grenzübertrittes nach Deutschland?
46. Abgeordneter
Martin Hebner
(AfD)
- Wie lang ist die Geltungsdauer dieses Erlasses, und welche Rechtsverbindlichkeit hat der Erlass für heutiges Regierungshandeln insofern noch immer?
47. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht die derzeitige Rücküberstellungspraxis im Rahmen der Dublin-Verordnung nach Italien aus, und wann hat es Rücküberstellungen nach Italien mittels eines Charterfluges in diesem Jahr gegeben?
48. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen bzw. Gespräche mit italienischen Regierungsvertretern zum Verwaltungsabkommen im Rahmen der Grenzaufgriffsfälle an der deutsch-österreichischen Grenze, und welche zusätzlichen Forderungen erhebt die

italienische Seite konkret, die dazu führten, dass der Bundesinnenminister die Verhandlungsführung an das Bundeskanzleramt abgegeben hat?

49. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Wann gedenkt die Bundesregierung die Vereinbarung zwischen Griechenland und Deutschland, die seit dem 18. August 2018 wirksam ist, welche unter anderem eine konkrete Regelung zu Fällen von Familienzusammenführung nach der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 beinhaltet (vgl. meine Schriftlichen Fragen 8 auf Bundestagsdrucksache 19/4634 und 7 auf Bundestagsdrucksache 19/4734), dem Bundestag zuzuleiten, und wann werden die Verhandlungen mit Italien bezüglich einer ähnlichen Vereinbarung voraussichtlich abgeschlossen sein?

50. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele erwerbsfähige geduldete Personen leben derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland, und wie viele davon unterliegen einem Arbeitsverbot bzw. haben keinen Arbeitsmarktzugang (differenziert nach Aufenthaltsdauer von bis zu zwei Jahren, von zwei bis zu vier Jahren, von vier bis zu sechs Jahren, von sechs bis zu acht Jahren, von acht bis zu zehn Jahren und von über zehn Jahren)?

51. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele erwerbsfähige geduldete Personen leben derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland, und wie viele davon unterliegen einem Arbeitsverbot bzw. haben keinen Arbeitsmarktzugang (differenziert nach Bundesländern)?

52. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele der Flüchtlinge, die am 13. Juli 2018 zwischen Lampedusa und Linosa durch zwei Militärschiffe von einem Holzboot gerettet und anschließend nach Pozzallo in Sizilien gebracht wurden bzw. die am 10. August 2018 durch das zivile Seenotrettungsschiff Aquarius gerettet und nach Malta gebracht wurden, wurden bislang nach Deutschland gebracht, nachdem der Bundesinnenminister zugesagt hatte, jeweils 50 Flüchtlinge aus diesen Gruppen aufzunehmen (www.epochtimes.de/politik/deutschland/seehofer-hat-mit-merkel-aufnahme-der-50-fluechtlinge-von-dem-beruehmten-schiff-aus-italien-beschlossen-a2496776.html?text=1, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/

2018-08/seenotrettung-mittelmeer-aquarius-rettungsschiff-fluechtlinge-aufnahme-vereinbarung), und inwiefern stimmt sich die Bundesregierung bei Zusagen zur Übernahme von aus Seenot Geretteten mit den Angeboten von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ab, die sich zur Aufnahme von Geflüchteten von Schiffen der Seenotrettung im zentralen Mittelmeer in ihren Gemeinden bereit erklärt haben (www.labournet.de/interventionen/asyl/antirassistische-ini/staedte-der-zuflucht-mit-geoeffneten-armen-immer-mehr-kommunale-regierungen-begehren-gegen-die-europaeische-abschottungspolitik-auf/)?

53. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele zwangsweise bzw. freiwillige Ausreisen Ausreisepflichtiger gab es bis Ende September 2018 (bitte differenzieren nach Abschiebungen, hier auch nach den zehn wichtigsten Zielstaaten, und freiwilligen Ausreisen, hier nach bei der Ausreise registrierten Grenzübertrittsbescheinigungen bzw. finanziell geförderten Ausreisen)?

54. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen von hunderten Initiativen und Einzelpersonen gegen soziale Spaltung, rassistische Ausgrenzung und gegen den Abbau von freiheitlichen Grundrechten (vgl. www.unteilbar.org/aufruf/), für welche am Samstag, den 13. Oktober 2018 in Berlin demonstriert wurde?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

55. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen ziehen die Bundesregierung und ihre Nachrichtendienste aus dem Fall des saudi-arabischen regimekritischen Journalisten Dschamal Khashoggi, der in der saudi-arabischen Botschaft in Istanbul verschwunden ist und womöglich ermordet wurde, wie die türkische Polizei glaubt (vgl. www.tagesschau.de/ausland/khashoggi-107.html), und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass ähnliche Fälle nicht auch auf deutschem Staatsgebiet passieren?

56. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit stimmt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis (auch nachrichtendienstlichen) mit der Einschätzung türkischer Polizei- und Geheimdienstkreise überein, dass die vorliegenden Indizien (die Überwachungskameras, die den Ein- und Ausgang des Konsulats filmten, seien ausgerechnet am Dienstag leider ausgefallen; sämtlichen türkischen Ortskräften gab das saudi-arabische Konsulat an diesem Tag überraschend frei; ein Gespräch wird abgehört, in dem saudi-arabische Offizielle darüber sprechen, Khashoggi zu kidnappen, etc.) detailliert darlegen, weshalb die Verantwortung Saudi-Arabiens für das plötzliche Verschwinden bzw. die mögliche Tötung des vermissten saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi sehr wahrscheinlich ist bzw. es keine andere plausible alternative Erklärung gibt, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in dieser nach meiner Auffassung neuen Eskalationsstufe Saudi-Arabiens nicht nur gegenüber im Ausland lebenden Kritikern, sondern nach Konfrontation zu Iran und Katar nun auch gegenüber der Türkei (www.spiegel.de/politik/ausland/jamal-khashoggi-und-saudi-arabien-niemand-ist-sicher-a-1232459.html)?
57. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über die Medienberichte hinaus zum Missbrauch von EU-Subventionen in Griechenland bekannt, die eigentlich für das Flüchtlingslager auf Moria gedacht waren, um die dort verheerenden Zustände in der überfüllten Einrichtung zu verbessern, die aber laut einem inzwischen entlassenen Whistleblower beim griechischen Ministerium für Migrationsangelegenheiten veruntreut bzw. unklar verwendet wurden („Director of Reception Centers fired after urging investigation on Refugees EU Funds“, keepalkinggreece.com vom 4. Oktober 2018), und auf welche Weise trägt die Bundesregierung, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Moria) und die Bundespolizei (für Frontex) selbst auf Lesbos tätig ist, zur Aufklärung der Vorwürfe bei, die von einem griechischen Generalstaatsanwalt und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ermittelt werden?

58. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann hatte die Bundesregierung Kenntnis von der Einreise des dem syrischen Assad-Regime nahestehenden Geschäftsmanns, S. F., in Deutschland, und auf welcher Grundlage ist die Einreise erfolgt („Gier ist stärker als Ideologie“; FAZ, 14. September 2018, S. 3)?
59. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung zusammen mit anderen europäischen Partnern Sanktionen gegen Geschäftsleute im Umfeld des Assad-Regimes, und wenn ja, auf welcher Grundlage („Gier ist stärker als Ideologie“; FAZ, 14. September 2018, S. 3)?
60. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- War die Haft des Journalisten Adil Demircis im Hochsicherheitsgefängnis Silivri während des Staatsbesuches des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im September 2018 in Deutschland Thema, und wenn ja, welche Position hat die Bundesregierung hierzu dem türkischen Präsidenten gegenüber eingenommen (www.zeit.de/politik/ausland/2018-04/adil-demirci-tuerkei-festnahme-journalist)?
61. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie ist die aktuelle Haltung der Bundesregierung zur Initiative des Binding Treaty im Rahmen des UN-Menschenrechtsrates, und wird die Bundesregierung diese Initiative zur Durchsetzung eines Strafrechts für Menschenrechtsverletzungen von multinationalen Konzernen während der kommenden Sitzung der Working Group am 18. Oktober 2018 unterstützen (www.stopcorporateimpunity.org/binding-treaty-un-process/)?
62. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung sich dafür verwendet, dass im Entwurf für ein Abkommen (UN-Treaty-Prozess) von einem Vorrang von Menschenrechten in Handels- und Investitionsabkommen nichts mehr zu finden ist (vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Oktober 2018, S. 12), und wie sieht sie durch so ein Vorgehen die Kohärenz ihrer Politik mit der Agenda 2030 und ihren Menschenrechtskonzepten gewahrt?

63. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass eine autorisierte Vertreterin des Auswärtigen Amts bei einem Fachtag zum Familiennachzug im September 2018 erklärte, zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 12. April 2018 zum Familiennachzug für minderjährige Geflüchtete (EuGH, Urt. v. 12. April 2018, Az.: C-550/16) bestehe „im Hinblick auf die Rechtslage in Deutschland kein Umsetzungsbedarf“, und zwar grundsätzlich, und wie begründet die Bundesregierung diese Position in Anbetracht der Tatsache, dass die Luxemburger Richter in ihrem Urteil den Mitgliedstaaten ausdrücklich keinen Ermessensspielraum eingeräumt haben (www.lto.de/recht/hintergruende/h/eugh/unanwendbar-deutschland-minderjaehrige-unbegleitete-fluechtlinge/)?
64. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Wann genau ist mit den Ergebnissen des Monitorings des NAP- (Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte-)Umsetzungsstandes, das im Herbst 2018 beginnt, zu rechnen, und welche konkreten und verbindlichen Beurteilungskategorien legt die Bundesregierung für die Evaluation, ob deutsche Unternehmen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht einhalten und Menschenrechte entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten achten, zugrunde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

65. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zu vereinbaren, dass im September 2018 Kriegswaffen nach Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Emiraten, Ägypten und Jordanien genehmigt worden sind, und in welcher Weise sind diese Länder nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils am Jemenkrieg beteiligt?

66. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen hatte es für die Rheinmetall AG, dass ein nicht genehmigter Technologietransfer an die Munitionsfirma in Südafrika erfolgt ist (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 44 auf Bundestagsdrucksache 19/4734)?
67. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass ein Upgrade bzw. eine Nachrüstung türkischer Leopard-Kampfpanzer etwa mit zusätzlicher Panzerung basierend auf einer Rheinmetall-Lösung bereits im Gange ist (www.stern.de/politik/deutschland/tuerkei--werden-mit-deutscher-hilfe-tuerkische-panzer-nachgeruestet--8375012.html), und inwieweit hat es in diesem Jahr bis dato Ausfuhrgenehmigungen im Zusammenhang mit der Nachrüstung der türkischen Leopard-Kampfpanzer gegeben (bitte die Zahl der Einzelgenehmigungen, Güterbeschreibung, exportierenden Unternehmen bzw. Hersteller und jeweiligen Warenwert auflisten)?
68. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die öffentliche Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Oliver Wittke, der bei einer Regionalkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Thema Energiewende und Verbundwirtschaft im nordrhein-westfälischen Herten von der Nachrichtenplattform „energate messenger“ am 4. Oktober 2018 so zitiert wird, dass die Ergebnisse des Gremiums „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) lediglich ein Diskussionsbeitrag seien und dass das, was am Ende politisch entschieden werde, „auf einem ganz anderen Blatt“ stehe (https://content.energate.de/messengerplus/index.php?action=showSingleNewsletter&userId=77087&nId=176938&hash=783e1de0ee8c772d281769e166c906096e84d51ea6387f1b4f7b086c1e502dc3&Energate_Session=5d067107ffc1f98a6b521683d7d8c82a), vor dem Hintergrund, dass im Einsetzungsbeschluss der Kohlekommission die Erarbeitung eines Aktionsprogrammes mit sechs Schwerpunkten festgeschrieben ist (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/einsetzung-der-kommission-wachstum-strukturwandel-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile)?

69. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Empfehlung des CETA Joint Committee vom 28. September 2018 (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/september/tradoc_157415_.pdf) nach Kenntnis der Bundesregierung gleichbedeutend mit einer Aufnahme des Pariser Klimavertrages in den CETA-Vertragstext, und welche konkreten Konsequenzen bzw. Sanktionen sind auf Basis des CETA-Vertragstextes in Verbindung mit der oben genannten Empfehlung des Joint Committee möglich, wenn sich einer der CETA-Vertragspartner nicht an die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens hält?
70. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorzulegen, und wird die Bundesregierung mit der Vorstellung des Gesetzentwurfs abwarten, bis die Kommission Wettbewerbsrecht 4.0 ihren Abschlussbericht vorgelegt hat?
71. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Waldfläche ist im Zusammenhang mit der Errichtung von Höchstspannungsleitungen, für deren Errichtung die Bundesfachplanung Anwendung findet, seit dem Jahr 2012 pro Jahr gerodet worden?
72. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit hat die von RWE angekündigte Reduktion der Braunkohle-Förderung im Hambacher Tagebau (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hambacher-forst-rwe-will-kohlefoerderung-um-bis-zu-15-millionen-tonnen-drosseln-a-1232246.html), und wie viele Einsatzstunden von Bundespolizisten sind bei der Räumung/Sicherung des Hambacher Waldes in diesem Jahr bisher entstanden (bitte auch dazu eine ungefähre Kostenschätzung abgeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

73. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1991, 1995, 2000, 2005, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018 jeweils die vertraglich vereinbarte und die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit der in Vollzeit tätigen abhängig Beschäftigten in Deutschland?
74. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zu der aktuell in Bayern stattfindenden Ungleichbehandlung von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern, bei der das von der dortigen Staatsregierung eingeführte Familiengeld in den 83 der 93 bayerischen Jobcenter, in denen die Bundesagentur für Arbeit für die Ausschüttung von Sozialleistungen zuständig ist, an Sozialleistungen angerechnet wird, während in den zehn Jobcentern, die von den Kommunen direkt betrieben werden, das Familiengeld zusätzlich zu den Sozialleistungen ausgeschüttet und nicht angerechnet wird (Artikel „Teure Geschenke im Märchenland“, 11. Oktober 2018; SPIEGEL ONLINE, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/markus-soeder-schaufensterpolitik-zur-bayern-wahl-a-1232500.html), und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um etwas an dieser Ungleichbehandlung von Menschen aus verschiedenen Kommunen zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

75. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche „experimentelle[n] Untersuchungen zum Schließen von Technologielücken im Bereich der Kernelemente von Detect and Avoid“ hat das Bundesministerium der Verteidigung beauftragt, um militärischen Drohnen das Ausweichen vor anderen Luftfahrzeugen zu ermöglichen (Bundestagsdrucksache 19/3541, Antwort zu Frage 1), und wer erhält Zuwendungen (bitte für die einzelnen Vorhaben einzeln ausweisen)?

